



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Rückblicke auf die österreichische Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Rückblicke auf die österreichische Politik.

Im vorigen Jahrgange dieser Blätter haben wir in einer Reihe von Aufsätzen die Schwierigkeiten zu schildern versucht, mit denen die österreichische Monarchie nach allen Seiten hin zu kämpfen hat. Als charakteristisches Merkmal der österreichischen Politik bezeichneten wir eine unruhige vielseitige Geschäftigkeit, welche in einem auffallenden Gegensatze steht zu der Unfruchtbarkeit ihrer Bemühungen, zu der Unbeweglichkeit aller Verhältnisse, die jedem Anstoß, jedem Anregungsmittel Trost bietet. Dieser Gegensatz zwischen Wollen und Können, zwischen Entwerfen und Vollbringen dauert, von der Betheiligung an der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage abgesehen, bis auf den heutigen Tag fort, ja man darf wohl behaupten, daß der Druck der Lage immer peinlicher geworden ist, und noch fortwährend peinlicher werden wird, je näher die Nothwendigkeit an Oesterreich herantritt, in einem bestimmten concreten Falle einen bestimmten Entschluß zu fassen. Denn Oesterreich steht bis jetzt in allen seinen auswärtigen, zum Theil auch in seinen innern Beziehungen, durchaus auf dem Standpunkt des Non possumus, einem Standpunkt also, der mit einer wirklich, nicht bloß scheinbar thätigen Politik unvereinbar ist, da sich schwerlich eine Combination ersinnen läßt, in der Oesterreich ein actives Auftreten nach einer Richtung hin mit dem starren Festhalten seiner Ansprüche und Rechte nach allen andern Seiten wird vereinigen können.

Zu den bedenklichen Symptomen der Situation gehörte, daß Oesterreich durchaus den Zusammenhang mit der europäischen Politik verloren hatte, ein Verhältniß, das für den an allen Punkten von offener oder versteckter Feindschaft, von lebhaften Rivalitäten, selbst im Innern von der Unzufriedenheit widerstrebender Nationalitäten bedrohten Staat durchaus unerträglich war. Es hat denn auch nicht an Versuchen gefehlt, Verbindungen anzuknüpfen und auf einem Punkte eine Entscheidung anzubahnen. Aber sie sind mißglückt. Die Stellung, die Oesterreich zu der polnischen Frage einnahm, war in sich so widerspruchsvoll, daß sie weder die Lage der österreichischen Provinzen verbessern, noch auch ein intimes Verhältniß mit den Westmächten herbeiführen konnte. Daß nun aber gar der in dem ersten Stadium der polnischen Frage erworbene flüch-

tige Schimmer einer ganz unberechtigten, jeder soliden Grundlage entbehrenden Popularität als Hebel zu einer geistreichen Improvisation in der deutschen Frage gebraucht wurde, läßt sich nur aus der maßlosten Ueberschätzung des eignen Vermögens, sowie aus einem fast unglaublichen Verkennen aller in Betracht zu ziehenden Verhältnisse, Stimmungen und Personen erklären. Man rechnete wohl darauf, daß Preußen, um den Gefahren seiner Isolirung zu entgehen, in der Zoll- wie in der Reformangelegenheit allen von der österreichisch-würzburgischen Coalition dictirten Bedingungen willenlos sich unterwerfen müsse; und that es dies nicht, um so besser; dann war ja ein österreichisches Kleindeutschland fertig. Weder das Eine noch das Andere geschah. Nachdem die Hoffnung, daß der Gegner sich beim ersten Anlauf auf die schmäblichste Weise werde überrumpeln lassen, sich als nichtig bewiesen hatte, war der ganze Plan gescheitert.

Das lustige Gebäude brach zusammen, ohne daß sich eine Hand dagegen zu erheben brauchte. In der polnischen Frage mußte Oestreich auf andere Wege einlenken; das Reformproject fiel nicht bloß weil es für Preußen unannehmbar war, sondern auch weil es nicht einmal die Mittelstaaten, weil es nur Oestreich befriedigte*). Der Zollverein ging langsam seiner Reconstruction entgegen. Oestreich hatte seine Unfähigkeit bewiesen, in Gemeinschaft mit den Mittelstaaten gegen den Willen Preußens die nationale Frage zu lösen.

Daß dies Resultat, wenn nicht in handelspolitischer, doch in politischer Beziehung für Preußen zunächst ein rein negatives bleiben mußte, hatte seinen Grund vorzugsweise in der innern Situation Preußens, die eine augenblickliche Ausbeutung der Niederlage Oestreichs und der Mittelstaaten hinderte. Man kann der auswärtigen preußischen Politik, auch wenn man keinesweges mit allen Zielpunkten derselben übereinstimmt, die Anerkennung einer großen Mührigkeit und Gewandtheit im Einzelnen nicht versagen; namentlich in dem glücklichen Erfassen des Momentes, der flüchtigen Gelegenheit, spricht sich eine frische Thatkraft aus, die wir seit langer Zeit in der Leitung der auswärtigen Beziehungen Preußens vermißt haben. Der volle Gewinn des Handelns aber wurde verkümmert, nicht bloß, weil die unvermeidlichen Rücksichten auf die seltsamen Anschauungen der Kreuzzeitungspartei einer freien Entwicklung der echt preußischen Interessen hemmend im Wege standen, sondern ganz besonders auch deshalb, weil unter den bestehenden Verhältnissen kein Erfolg im Stande war, den Aufschwung des Nationalgefühls in Preußen und Deutschland hervorzurufen, der allein die Regierung in den Stand hätte setzen können, mit einem positiven, grundlegenden Programm vorzugehen. Das Einschreiten in Kassel konnte nach aller politischen Logik nur der erste Schritt auf der Bahn einer

*) Herr Fröbel hat ganz recht: es war nicht „triadisch“ genug.

schöpferischen Bundespolitik sein; weil die weiteren Schritte unterblieben, wurde er der Ausgangspunkt für alle antipreußischen und particularistischen Bestrebungen. So hat auch das Scheitern des österreichischen Reformprojectes zunächst kein anderes als das allerdings nicht zu unterschätzende Resultat gehabt, die Schwäche der österreichisch-mittelstaatlichen Entente klar darzulegen und fürs Erste jedem Versuch einer Reform von dieser Seite her einen Damm entgegenzusetzen; ob für immer, das wird allein davon abhängen, ob Preußen aus der neuesten Entwicklung der Dinge den Muth und die Fähigkeit zu einer schöpferischen Initiative gewinnen wird.

Diese neueste Entwicklungsphase, die wir als ersten Versuch einer österreichisch-preußischen Politik in der deutschen Frage bezeichnen können, hat aber ihren Ausgangspunkt in der dänisch-deutschen Frage. Der Thronwechsel in Dänemark brachte die Wirkung hervor, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich rasch über einen Punkt einigte: in der Forderung der völligen Trennung der Herzogthümer von Dänemark begegneten sich, die äußerste Fraction der preußischen Feudalen ausgenommen, alle Parteien. Ja die öffentliche Meinung ging mit ziemlicher Einstimmigkeit noch einen Schritt weiter, indem sie die Anerkennung der Rechte des Herzogs von Augustenburg zu einer nationalen Forderung machte. Es war nicht gering anzuschlagen, daß auf diese Weise die nationalen Bestrebungen sofort einen legitimen Rechtstitel gewannen, einen Rechtstitel, der infolge des thatsächlichen Bruches der londoner Verabredungen durch Dänemark einen vortrefflichen Stützpunkt dem Ausland gegenüber bildete, und der zugleich auch geeignet schien, den Parteien, welche ihren Grundsätzen gemäß einer Forderung des Nationalitätsprincips nicht hätten nachgeben können, die Theilnahme an der allgemeinen deutschen Erhebung zu erleichtern oder vielmehr zu ermöglichen. Auch darüber herrschte kein Zweifel, daß es Preußens natürlicher Beruf sei, in dieser Angelegenheit die Führung der Nation zu übernehmen und daß es in Ausübung dieses Berufes wohl manchen widerwilligen Bundesgenossen, aber wenigstens keinen Gegner finden würde, da selbst diejenigen Staaten und Stämme, deren Politik seit Jahren kein anderes Ziel gehabt hatte, als sich dem preußischen Einfluß zu entziehen, durch die gewaltige Strömung der nationalen Begeisterung gezwungen werden würden, sich der Führerschaft Preußens zu unterwerfen. Diese Wendung der Dinge hatten wir im Sinne, als wir bereits im Sommer des vorigen Jahres, zu einer Zeit, wo an eine rasche Entscheidung dieser Angelegenheit noch gar nicht gedacht werden konnte, in einer Befreiung Schleswig-Holsteins unter Preußens Führung die Lösung der deutschen Frage sahen. Oestreich blieb in diesem Falle nur die Wahl, sich bedingungslos der preußisch-deutschen Action anzuschließen oder offen seine Unfähigkeit zu einer deutschen Politik zu bekennen.

Preußen hat diesen Weg nicht eingeschlagen; es hat vielmehr das Einver-

ständniß mit Oestreich zum Ausgangspunkte seines Handelns gemacht, statt an Oestreich die Alternative zu stellen, sich der preußisch-deutschen Politik anzuschließen und damit der preußischen Führung unterzuordnen, oder sich in un- zweideutiger Weise von Deutschland loszusagen. Preußen hat auf dem ein- geschlagenen Wege, das darf man nicht in Abrede stellen, ein immerhin bedeutendes Resultat erreicht: es hat die wichtigste Forderung des nationalen Programms, die Trennung der Herzogthümer durchgeführt; es hat mit an- erkennenswerther Geschicklichkeit den Widerstand der europäischen Diplomatie und den schlecht verhehlten Widerwillen seines Bundesgenossen überwunden. Eine Entscheidung der nationalen Frage ist aber auf diesem Wege nicht unmittelbar herbeigeführt worden, wenn auch angebahnt, vorausgesetzt, daß Preußen entschlossen ist, seine Kraft und seinen Einfluß zur Befriedigung der Einheitsbedürfnisse der Nation einzusetzen, ohne vor den Schwierigkeiten und Gefahren, die ein Streben nach diesem Ziele mit sich bringt, zurückzuschrecken.

Von der Befreiung der Herzogthümer abgesehen, liegt das wesentliche und entscheidende Resultat des Krieges darin, daß es klar zu Tage getreten ist, wo der Kern der deutschen Macht und wo der Sitz der deutschen Schwäche zu suchen ist. Und indem der richtige Gesichtspunkt für die Beurtheilung der deutschen Verhältnisse sich geltend gemacht hat, ist auch zugleich der Ausgangs- punkt für die energische Reform dieser Verhältnisse gewonnen worden. An die Stelle der Theorie ist die Praxis getreten. Wer das erkennt, wer, wie es leider der Nationalverein thut, in dem Augenblick, wo endlich wieder die leben- digen Kräfte flüssig werden und gegen einander treten, sich in Theorien ein- spinnt, die gegenwärtig nicht einmal eine aufregende, geschweige denn eine schöpferische Wirkung haben, der zieht sich vom Schauplatz zurück, und bekennt seine politische Insolvenz. Man weiß nicht, ob man mehr über den Mangel an Einsicht bei der Mehrheit jener Versammlung oder über die Schwäche der Minderheit staunen soll, die um des lieben Friedens willen ihre bessere Einsicht aufgeopfert hat.

Von der neueren Wendung der Dinge sind am empfindlichsten die Be- strebungen der Mittelstaaten berührt worden. Die Triasidee stützt ihre höhere Berechtigung auf die Meinung, daß die Mittelstaaten den Beruf haben, die beiden Großmächte auseinanderzuhalten, die Gefahren ihres Conflictes zu beseitigen, die rivalisirende Reibung ihrer Kräfte gegeneinander zu mildern, zmit einem Worte die Rolle der Vermittler zu spielen. Daß hiervon das Ge- gentheil in Wirklichkeit der Fall ist, weiß man längst: die Wirksamkeit der mittleren Gruppe hat seit langer Zeit nur darin bestanden, den vorhandenen Conflict zu schärfen, die Entwicklung der realen Machtverhältnisse zu hindern. Denn es ist offenbar, daß die Gefahr für diese Gruppe nicht in der Rivalität zwischen Oestreich und Preußen beruht, sondern in dem Zusammengehen der-

selben. Die Vereinigung der beiden Großmächte zu irgendeinem gemeinsamen Ziele bedeutet nichts anderes als die politische Vernichtung der mittelstaatlichen Gruppe. Daß sich dies so verhält, ist allerdings eine Wahrheit, die nur die größte Befangenheit bestreiten konnte; thatsächlich bewiesen ist es aber erst durch den dänisch-deutschen Krieg.

Es ist eine merkwürdige, der größten Beachtung werthe Erscheinung, daß die erste deutsche That seit Gründung des Bundes ohne Zuthun des Bundestages, in gewissem Sinne gegen seinen Willen ausgeführt ist. So auffallend dies erscheinen mag, so natürlich ist es. Wir sehen hierbei ganz von der technischen Unmöglichkeit ab, den Bundestag zu einem Organ der großen Politik zu machen; über diesen Punkt wird der Verlauf der dänisch-deutschen Angelegenheit auch wohl die eifrigsten Verehrer desselben aufgeklärt haben. Wichtiger aber ist folgende Erwägung. Oestreich und Preußen sind europäische Großmächte, eine Thatsache, die, wenn auch in Betreff Preußens von mancher Seite bedauert, von niemandem bestritten wird. Jede derselben hat in ihrer Eigenschaft als europäische Macht ihre besondern Interessen zu verfolgen, die bald identisch, bald widersprechend sind, bald, ohne gerade identisch zu sein, doch eine Ausgleichung zulassen. Eine der triadischen Absurditäten ist nun, wie wir schon erwähnt haben, das reine Deutschland als berufenen Vermittler dieser Interessen zu constituiren und zu diesem Zwecke am Bundestage eine rein deutsche Gruppe zu bilden, die in ihrer Weise die Differenzen zwischen den beiden Großen beizulegen hat; daher denn die Triaspolitik die wärmste Fürsprecherin des Bundestages ist und bei ihren Reformversuchen im Grunde kein anderes Ziel im Auge hat, als den Bundestag mit allen seinen wesentlichen Mängeln zu conserviren und ihm zu dem Zwecke durch gewisse populäre Thaten eine Stütze in der öffentlichen Meinung zu geben.

Natürlich ist der Bundestag darauf angewiesen, seine prätendirte Vermittlerrolle stets zum Nachtheile derjenigen der beiden Großmächte auszuüben, von deren Seite er die größte Gefahr für die Souveränität der Einzelstaaten fürchtet; dies ist, besondere Fälle ausgenommen, regelmäßig Preußen, weil eben einleuchtet, daß eine größere Einigung Deutschlands nur durch Preußen zu erreichen ist, und weil es nicht minder notorisch ist, daß Preußen der Tendenz auf eine Einigung Deutschlands unter keinen Umständen entsagen kann. Da nun aber Preußen sowohl in seinem eigenen wie im deutschen Interesse*) verpflichtet

*) Von der Befähigung des Bundestages, die deutschen Interessen zu wahren, giebt die Bundesfestungsfrage, die Angelegenheiten der Bundesarmeerreform, die Flotten- und Küstenbefestigungsfrage ein leuchtendes Beispiel. Wir wollen bei dieser Gelegenheit die Broschüre „Ein preussisches Wort“ nicht unerwähnt lassen, welche die Sünden des Bundestags rücksichtslos aufdeckt. Im Allgemeinen möchten wir von dieser kleinen Schrift bemerken, daß, obwohl wir mit dem Verfasser nicht auf demselben politischen Standpunkt stehen, doch die langjährige Schwäche der preussischen

ist, sich nicht majorisiren zulassen, so bleibt ihnen nichts übrig, als in Frankfurt im Allgemeinen eine abwehrende, negative Haltung einzunehmen. Am Bundestage aber muß Oestreich unter gewöhnlichen Umständen das Bestreben der Mittelstaaten, Preußen zu majorisiren, theilen; denn es bedarf der Mittelstaaten gegen Preußen. So wird einerseits die Bedeutung der Mittelstaaten auf eine Höhe hinaufgeschraubt, die ihnen als einer in allen positiven, das Wohl Deutschlands betreffenden Fragen durchaus uneinigen, zusammenhangslosen Masse entfernt nicht zukommt, andererseits wird Oestreich, das auf seine Verbündeten Rücksicht zu nehmen hat, jede Verständigung mit Preußen geradezu unmöglich gemacht. Wollen die beiden Mächte sich überhaupt in einem einzelnen Falle verständigen, so haben sie Macht gegen Macht, ohne jede Rücksicht auf den Bundestag mit einander zu unterhandeln. Nur auf diesem Wege können sie ihre Interessen wahren, nur auf diesem Wege können die wirklichen Machtverhältnisse (und die deutsche Frage ist nun einmal eine Machtfrage) zur gebührenden Geltung kommen.

In der dänisch-deutschen Frage ist dieser Weg betreten worden, und Deutschland hat kein Recht, sich über diese Wendung zu beklagen: denn die Frage der Herzogthümer ist auf diesem Wege im nationalen Sinne gelöst worden. Daß der Sieg der deutschen Sache zugleich die Ohnmacht des Bundestages bewiesen hat, erhöht den Werth des Erfolges. Die Erfolge der gemeinsamen Action haben denn auch die Ansicht aufkommen lassen, daß die preußisch-deutsche Allianz nicht eine vorübergehende Thatsache, sondern die Einleitung zu einem dauernden Zustande, gewissermaßen die Lösung der deutschen Frage, die normale Form der deutschen Einheit sei. So weit diese Ansicht von offenkundigen Parteitendenzen eingegeben ist, verdient sie keine Berücksichtigung; in dem Sinn einer Assecuranzanstalt der conservativen Interessen ist die preußisch-österreichische Allianz nur ein Schaustück mehr in dem Paritätencabinet der feudalen Partei, ein Phantom, welches nur in sehr erregbaren Phantasien Hoffnungen oder Befürchtungen erwecken kann. Indessen läßt sich nicht in Abrede stellen, daß auch von einem freieren politischen Standpunkte aus das preußisch-österreichische Bündniß als eine dauernde Errungenschaft angesehen wird, und daß die Thatsache einer einmaligen mit Erfolg gekrönten Verbindung nicht bloß von der feudalen Partei

Bundespolitik uns treffen^d geschildert scheint. — Wenn der Verfasser eine energische Vertragsthatigkeit Preußens fordert, so stimmen wir damit durchaus überein. Auch daß derselbe eine Steigerung des preußischen Selbstbewußtseins und der preußischen Spannkraft fordert, kann man billigen. Nur möchten wir doch dringend warnen, dies Selbstbewußtsein nicht bis zum Particularismus, zum Vergessen des Deutschtums zu steigern. Will Preußen den Particularismus durch den Particularismus bekämpfen, so kommen wir, ohne es selbst zu wollen, sehr bald bis zur Annexionspolitik, die, wenn sie überhaupt Erfolg haben könnte, nur zu einer Theilung Deutschlands führen würde.

bereits zu einem neu entdeckten Princip gestempelt wird. Man darf daher wohl so weit gehen, zu behaupten, daß die Frage, ob gegenwärtig ein principiellcs Bündniß zwischen Preußen und Oestreich möglich ist, in diesem Augenblick der Angelpunkt der deutschen, ja einer der wichtigsten Factoren der europäischen Politik geworden ist. Es ist für Preußen und Oestreich von der höchsten Bedeutung, sich über diesen Punkt klar zu werden, da eine von augenblicklichen Eindrücken bestimmte, vielleicht irrthümliche Auffassung des Verhältnisses beider Staaten für jeden von ihnen die bedenklichsten Folgen haben würde.

Daß durch das Zusammengehen Oestreichs und Preußens nicht nur für Deutschland ein großer Erfolg erzielt ist, sondern auch daß für jeden der beiden Allirten das Bündniß in vielen Beziehungen förderlich gewesen sei, läßt sich nicht in Abrede stellen. Jede große Leistung, die von zwei Verbündeten gemeinsam ausgeführt ist, muß als ein Gewinn für beide angesehen werden; sie muß es um so mehr, wenn sie, wie die Befreiung Schleswig-Holsteins, gegen den Widerspruch des halben Europas durchgesetzt ist; Die lebhaftesten Sympathien für Dänemark haben nicht vermocht, dem bewaffnet handelnden Deutschland eine bewaffnete Coalition entgegenzustellen. Dies ist ein Erfolg, der auf die europäische Stellung der beiden Staaten die günstigste Einwirkung bereits ausgeübt hat. Was Preußen betrifft, so wird es kaum ernsthaft bestritten werden, daß seine politisch-militärische Bedeutung gesteigert worden ist, und Zweifel können sich nur darüber erheben, ob seine inneren Verhältnisse ihm die volle Anwendung der zur Aufrechterhaltung der gewonnenen Stellung nothwendigen Mittel gestattet werden, namentlich ob seine äußere Politik sich von einer ungünstigen Einwirkung der die innere Politik bestimmenden Grundsätze und Parteiliebhabereien wird frei erhalten können. Daß Oestreich von der Unternehmung Gewinn gehabt habe, wird dagegen vielfach verneint ganz besonders in Oestreich selbst. Die schleswig-holsteinische Sache ist in Oestreich niemals populär gewesen; man hat dort von jeher die eventuelle Trennung der Herzogthümer von Dänemark nur als eine Erweiterung des preußischen Machtbereichs aufgefaßt und die öffentliche Meinung ist in Oestreich nicht weniger preußenfeindlich als die Diplomatie; der Bruch mit den Mittelstaaten gilt für ein Aufgeben der österreichischen Tradition, die nicht blos im officiellen Oestreich, sondern auch im österreichischen Volksgeist eine sehr bedeutende Macht ist. Man vergißt bei diesen Reflexionen nur, daß Oestreich handeln mußte, und bedenkt nicht, daß das Bündniß mit Preußen, das man demüthigend findet, den Kaiserstaat vor der viel schwereren Demüthigung bewahrt hat, als ein völlig untergeordnetes Glied am Kampfe theilzunehmen. Oder ist man in Wien der Meinung, daß Oestreich sich ganz von der Sache hätte zurückziehen und damit thatsächlich seinen Austritt aus Deutschland erklären sollen? Wenn man es so scharf urgirt, daß Oestreich in dem Bunde mit Preu-

ßen die zweite Rolle gespielt habe und daß die Befreiung der Herzogthümer gar nicht seinem Interesse entspreche, so sollte man sich doch billig fragen, welche Rolle es denn gespielt haben würde, wenn Preußen die schleswig-holsteinische Sache mit der Rücksichtslosigkeit, zu der die Verhältnisse es herauszufordern schienen, in die Hand genommen und es Oestreich überlassen hätte, selbst seine Stellung zu der Angelegenheit zu suchen. Diese Frage wirft man in Wien gar nicht auf. Eben sowenig legt man Gewicht darauf, daß Oestreich durch die bloße Thatsache einer einmaligen mit bedeutendem Erfolge gekrönten Verbindung mit Preußen einen Stützpunkt für seine europäische Politik gewonnen hat, den es seit Jahren entbehren mußte. Man ist verstimmt darüber, daß durch die preußische Allianz die Beziehungen zu den Mittelstaaten verdorben, die Ansprüche auf die Hegemonie in Deutschland compromittirt sind und bedenkt nicht, daß man durch die unverhohlene Gleichgiltigkeit gegen die Sache der Herzogthümer, durch die Offenheit, mit der man das unbestreitbare Interesse Deutschlands den Anforderungen des engherzigsten österreichischen Particularismus unterordnet, freiwillig auf jede Berechtigung, in den deutschen Angelegenheiten ein entscheidendes Wort zu sprechen, verzichtet.

Daß Graf Rechberg die Antipathien gegen Preußen im vollsten Maße getheilt hat, wird niemand in Abrede stellen; daß er dessenungeachtet das Bündniß mit Preußen herbeigeführt hat, beweist, daß ihm die realen Interessen des Staates, die Rücksichten auf Oestreichs Position im europäischen Staatensystem höher standen, als Sympathien und Antipathien. Allerdings sind die Resultate der gemeinschaftlichen Action über seine ursprünglichen Wünsche hinausgegangen. Würde aber das Einschlagen einer andern Politik diese Resultate verhütet haben? Wir glauben diese Frage nach der schon oben gegebenen Ausführung zuversichtlich mit Nein beantworten zu müssen.

Und wer die Verhältnisse unbefangener betrachtet, als man dies gegenwärtig von einem Oestreicher verlangen kann, der wird nicht verkennen, daß die Niederlage der österreichischen Politik nicht ein Nachtheil, sondern ein unberechenbarer Gewinn für den Kaiserstaat ist, ein Gewinn, von dem man nur wünschen kann, daß er durch ein Zurücklenken in die alten Bahnen nicht wieder aufgeopfert werden möge. Bis zu der Allianz mit Preußen war Oestreichs deutsche Politik nur ein fortwährender meist intriguanter Kampf gegen Preußens Stellung; der Erfolg, den es davon gehabt hat, ist eine Abnutzung seiner Kräfte in einer Richtung, in der seiner Entwicklung unbeflegbare Schranken entgegengesetzt sind; ja noch mehr: es hat Preußen in eine Lage gebracht, die dasselbe, wenn es rücksichtslos den Geboten seiner Interessen folgen wollte, nöthigen würde, in allen europäischen Fragen, an denen es nur mittelbar theilhaft ist, principiell eine Gegenstellung gegen Oestreich einzunehmen. Daß des bis jetzt nicht geschehen ist, daß die Spannung noch nicht zu einem prin-

cipiellen Gegensatz in der europäischen Politik geführt hat, konnte Oestreich doch keine Bürgschaft für die Zukunft geben. Die Möglichkeit einer derartigen Wendung der Dinge war bei der Stimmung, die in Preußen gegen Oestreich herrschte, unzweifelhaft vorhanden. Auch würde es schwerlich an energischen Leitern einer in den europäischen Fragen Oestreich grundsätzlich feindlichen Politik gefehlt haben. Während nun in einer so schroffen Gegenstellung die größte Gefahr liegen würde, die Oestreich überhaupt bedrohen könnte, so giebt ihm gegenwärtig die Aussicht, in Preußen nicht einen principiellen Gegner zu haben, in allen europäischen Fragen die lange entbehrte Freiheit des Entschlusses wieder.

Von der Thatsache, daß Oestreich und Preußen eine bedeutende Unternehmung gemeinschaftlich zu einem guten Ziele geführt haben und daß für beide Betheiligte aus dem Zusammenwirken gewisse günstige Folgen sich ergeben haben, bis zu einem principiellen Bündniß, wie es die preussischen Feudalen ersehen, liegt aber noch eine weite Kluft. Ein solches Bündniß würde überhaupt nur unter der Bedingung in Frage kommen können, daß Oestreich förmlich seine Gegenstellung gegen Preußen in Deutschland aufgäbe. Die Zumuthung eines solchen Verzichtes würde aber mit derselben Entrüstung zurückgewiesen werden wie die Aufforderung, den Schwerpunkt der Monarchie nach Pesth zu verlegen, zurückgewiesen worden ist. Und gesetzt auch den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß der Drang der Umstände Oestreich in nicht ferner Zeit ein derartiges Zugeständniß abpreßte, so würde es doch als Gegenleistung fordern, daß Preußen sich zu einer unbedingten Unterstützung seiner außerdeutschen Politik förmlich und vertragsmäßig verpflichtete. Denn für ein solches Opfer würde ihm als Aequivalent ein gutes Einvernehmen mit Preußen und die Aussicht, sich mit demselben von Fall zu Fall verständigen zu können, durchaus nicht genügen. Auf eine solche Bedingung kann aber Preußen nicht eingehen. Mit welchem Rechte, zu welchem Zwecke kann denn Preußen eine Leitung der deutschen Politik fordern? Doch nur, um eine selbstständige deutsche Politik zu ermöglichen und die Gefahr zu beseitigen, daß Deutschland entweder zu völliger Passivität verurtheilt oder als Vasall in auswärtigen Verwicklungen Oestreichs blindlings, ohne selbst irgendeinen Einfluß auf die wiener Politik zu üben, hineingezogen werde. Es wäre nun aber doch in der That ein seltsames Verfahren, ein Verhältniß zu lösen, um ein anderes zu begründen, das unter andrer Form und anderem Namen ganz dieselbe Wirkung haben würde, der österreichischen Politik gegen alle Gefahren ihrer Lage, ja gegen alle Folgen ihrer Fehler und Mißgriffe auf Kosten Deutschlands Schutz und Sicherheit zu gewähren.

Dazu kommt, daß die allgemeine Lage der Dinge derartigen für alle Fälle berechneten Allianzen nichts weniger als günstig ist. Die Neigung, durch Drangabe wesentlicher Interessen sich eine verhältnißmäßige Sicherheit zu erkaufen, hat seit der Auflösung der heiligen Allianz aufgehört das leitende Princip

der Politik zu sein. Wir gehen ohne Zweifel einer Umgestaltung der europäischen Machtverhältnisse entgegen: die Luft weht scharf wie in dem Zeitalter der energischsten und rücksichtslosesten Interessenpolitik des achtzehnten Jahrhunderts. Daß gegenwärtig nicht blos Combinationen der Staatsraison sich gegenüber treten, daß jeder Staat, der seine Bedeutung steigern, ja der auch nur seine Stelle behaupten will, den vollen Inhalt der in seinem Bereiche pulsirenden nationalen Bedürfnisse und Forderungen zur Geltung zu bringen bestrebt sein muß, mildert nicht (trotz aller Handelsverträge) die Schroffheit der kämpfenden Gegensätze, sondern steigert sie und legt jedem Staate die Pflicht auf, kein Band anzuknüpfen, durch das er sich in der Verfolgung der aus seinem innersten Lebensinteresse sich ergebenden Ziele gehindert sehen könnte. Wie ist es da möglich, daß Preußen, ein Staat, der vor allen andern darauf angewiesen ist, in jeder großen Krisis seine Lebenskraft zu erproben, sich an die Politik einer Macht fesseln sollte, die, von dem tiefsten und gerechtfertigtesten Friedensbedürfnisse erfüllt, doch nicht im Stande ist, oder, wo sie es im Stande ist, es nicht über sich zu gewinnen vermag, sich auf sich selbst zurückzuziehen, die vielmehr stets darauf gefaßt sein muß, daß sich jedes am politischen Horizonte aufsteigende Gewitter auf sie entlade, die, um ihr lockeres Gefüge nicht völliger Zertrümmerung preiszugeben, zwischen allen Strömungen ängstlich laviren muß, einer Macht also, deren Entschließungen durch jeden Zufall bedingt und daher völlig unberechenbar sind. Ein dauerndes Bündniß, wie es die Feudalen wünschen ist unter diesen Umständen unmöglich. Aber schon in dem bloßen Streben nach einem solchen Bündnisse liegt eine große Gefahr für Preußen. Und leider kann man sich der Besorgniß nicht entschlagen, daß Schritte in dieser Richtung werden gethan werden, indem in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, ob schon deren Verlauf im Allgemeinen dem preußischen Interesse entspricht, doch seit Monaten eine Krisis sich vorbereitet hat, die es Oestreich gestattet, einen gewissen Druck auf Preußen auszuüben: Oestreich ist in den Mitbesitz der Herrzogthümer gelangt, dies ist eine schwerwiegende Thatsache. Es lag daher schon vor Monaten die Gefahr nahe, daß man auch in Kreisen, die, wie wir glauben, von der feudalen Austromanie weit entfernt sind, sich dazu entschließen möchte, Oestreich durch Zugeständnisse in Einem Punkte zur Nachgiebigkeit in anderen Punkten zu bewegen.

Dagegen läßt sich nun im Allgemeinen nichts einwenden, vorausgesetzt, daß das Zugeständniß in einem richtigen Verhältnisse zu dem Werthe des Aequivalents steht. Ist dies nicht der Fall, so wird man versuchen müssen, durch andere Mittel sich wieder freie Hand zu verschaffen. Sollte das Aequivalent nur etwa in der unveränderten Fortdauer des guten Einverständnisses, welches Oestreich mindestens ebenso große (wir glauben größere) Vortheile als Preußen gewährt, vielleicht in einer Concession in Betreff Rauenburgs bestehen, so

würde Oestreich bei weitem nicht so viel bieten, als es durch die, wie es heißt, ihm gewordene Anerkennung des Princip's der Zolleinigung gewinnt. Das Gerücht, daß eine Anerkennung in dieser Richtung beabsichtigt werde oder bereits erfolgt sei, hat denn auch nicht verfehlt, einen höchst peinlichen Eindruck auf das preußische Selbstgefühl zu machen. Und es handelt sich nicht bloß um das Selbstgefühl Preußens, sondern um eine eminent deutsche Frage. Denn eine Zolleinigung zwischen Preußen und Oestreich wäre doch nichts Anderes, als eine Erweiterung der Competenz des Bundestages auf ein Gebiet, welches bisher glücklichlicherweise seiner Einwirkung entzogen war. Wir sind nun zwar überzeugt, daß das Project ein Project bleiben wird, da, ganz abgesehen von dem Widerstand, der einer Zolleinigung mit Oestreich zu jeder Zeit in jeder, der conservativsten wie der radicalsten Volksvertretung in Preußen begegnen wird, ein so wesenloses Phantom wie das Siebzigmillionenreich sich schlechterdings nicht verwirklichen läßt. Es ist aber schon verhängnißvoll genug, wenn Preußen auch nur ein Princip anerkennt, aus dessen Bekämpfung es seit einer Reihe von Jahren seine beste Kraft geschöpft hat. Wird das Princip der Zolleinigung maßgebend für Preußens Handelspolitik (woran wir freilich nicht glauben), so wird das Princip der Autonomie des Zollvereins eine bedeutungslose Phrase; bleibt dagegen die Aufrechterhaltung der Autonomie die Richtschnur der preußischen Politik, wozu dann durch formelle Anerkennung des entgegengesetzten Princip's Oestreich von Neuem eine Waffe zur Bekämpfung Preußens in die Hand geben, die es, dessen kann man sicher sein, nicht unbenutzt lassen wird? Der Werth, den man in Oestreich auf das Zugeständniß gelegt hat, beweist hinlänglich, daß die österreichische Regierung durchaus nicht die Absicht hat, sich mit der effectvollen Verwendung desselben für die parlamentarische Debatte zu begnügen.

Es ist möglich, daß von dem geforderten Zugeständniß die Fortdauer des Bündnisses abhängt. Der Preis erscheint uns aber zu hoch. Und dann fragt es sich doch schließlich noch immer: bedarf denn Preußen zur Erreichung seiner Zwecke unbedingt der Zustimmung Oestreichs? Es ist wahr, die Schwierigkeiten, die Preußen aus dem Mitbesitz Oestreichs für die Regulirung der schleswig-holsteinischen Frage erwachsen, sind groß; wir haben uns dies niemals verhehlt; aber sie sind, sofern Preußen nur das für die Sicherung seiner Machtstellung unumgänglich Nothwendige, das aber mit aller Klarheit und Bestimmtheit fordert, keineswegs unüberwindlich. Der erste Schritt auf dem richtigen Wege ist mit dem (hoffentlich definitiven) Aufgeben der Annexionspläne bereits gethan. Das Auftauchen derselben hat die Stellung Preußens zu den Herzogthümern zu einer unklaren und schiefen gemacht; Preußen ist dadurch gehindert worden, seine berechtigten Ansprüche von vorn herein mit voller Bestimmtheit zu präcisiren und offen zu verfolgen. Sein Verhältniß zu dem Herzog Friedrich und der

Bevölkerung der Herzogthümer ist ganz unnöthigerweise zu einem gespannten geworden: und doch lag gerade in dem guten Einvernehmen Preußens mit der öffentlichen Meinung in den Herzogthümern die sicherste Garantie für die Erreichung seiner berechtigten Ziele. Preußen mußte die öffentliche Meinung leiten, nicht sie beunruhigen oder dem Einflusse der particularistischen und darum preußenfeindlichen Elemente preisgeben. Es ist unverkennbar, daß in dem Maße, wie die Annexionsidee zurückgetreten ist, die Stimmung in den Herzogthümern, selbst in dem besonders mißtrauischen Holstein sich gebessert hat. Gegenwärtig scheint die Lage der Dinge der Art zu sein, daß Preußen von den Herzogthümern solche Zugeständnisse erlangen kann, die nicht nur seine Stellung im Norden ganz unberechenbar stärken, sondern auch die deutsche Frage thatsächlich ihrer Lösung um einen bedeutenden Schritt näher bringen würden. Es kommt darauf an, ein Abkommen zu treffen, welches vor allem die Leitung der militärischen, besonders der maritimen Kräfte in Preußens Hand legt, und welches, gerade durch die enge Verbindung mit der norddeutschen Großmacht, die Herzogthümer statt zu einem Siege des Bundestagsparticularismus zu einem lebendigen Gliede, zu einem thatkräftigen Organ Deutschlands zu machen geeignet ist. Ein derartiges Bündniß ist auch für Preußen viel bedeutungsvoller, als eine Annexion, weil es die Keime einer großen Zukunft in sich trägt, weil es der Ausgangspunkt für eine weitere Entwicklung zu werden bestimmt ist.

Wenn aber die Herzogthümer für einen derartigen Plan gewonnen sein werden, so wird auch der Widerwille Oesterreichs und der Mittelstaaten nicht im Stande sein, ihn zu hindern; Preußen wird also nicht nöthig haben, Oesterreichs Zustimmung durch ein besonderes Opfer zu erkaufen. Der Einwand, daß in diesem Falle Oesterreich wieder in das Lager der Würzburger getrieben werden würde, macht auf uns nur geringen Eindruck, da Preußen diese Wendung durch kein Zugeständniß wird verhindern können. Der Krieg gegen Preußen am Bundestage unter Oesterreichs Führung, mag er auch zeitweilig ruhen, wird doch immer wieder entbrennen und so lange dauern, bis es Preußen gelungen sein wird, durch eine kräftige und schöpferische Politik eine Stellung in Deutschland zu erringen, welche einflußreich genug ist, um die den Mittelstaaten zu Gebote stehenden Organe ebenso unfähig zu machen, die Consolidirung der deutschen Macht zu hindern, als sie sich bereits unfähig erwiesen haben, sie zu fördern. Dann wird Oesterreich, nicht sowohl in seiner Kraft geschwächt, als vielmehr einer aufreibenden Rivalität entledigt, gezwungen sein, das zu thun, was allein seine Zukunft sichern kann, nämlich seine Kräfte auf seinen wahren Schwerpunkt zu concentriren; dann werden auch die Aufgaben seiner Politik so bestimmt hervortreten, daß Preußen im Voraus wissen kann, wozu es sich durch einen Bund mit Oesterreich verpflichten würde; und dann erst kann von

der Möglichkeit eines austroborussischen Systems die Rede sein. Ein Blick auf die innere Lage Oestreichs, sowie auf die Veränderungen in seiner Stellung zu den europäischen Mächten wird uns überzeugen, daß, auch abgesehen von den Verwickelungen der deutschen Frage, der Augenblick dazu noch nicht gekommen ist.

Der Krieg in Nordamerika vom militärischen Standpunkt.

4. Schluß des Kriegsjahres 1861.

Die leidenschaftlichen Kämpfe in Missouri, welche der vorige Artikel skizzirte, steckten auch die benachbarten Bezirke an. Im Westen waren es vorzüglich die Indianer, die von den Conföderirten aufgeregt sich theils gegen einander, theils furchtbar verwüstend auf nördliche deutsche Ansiedler stürzten und erst im Winter wieder zur Ruhe kamen. — Im Osten wurden Tennessee und Kentucky in den Bürgerkrieg hineingezogen. Kentucky hatte sich neutral erklärt, aber bewaffnet, um beide Theile von seinem Boden abzuhalten; Bevölkerung und Truppen jedoch standen mit ihren Interessen so sehr auf beiden Seiten, daß sie unwillkürlich in den Strom hineinverwickelt wurden. Tennessee folgte und im September begann auch hier der Kampf. Der wichtigste Zweck desselben auf diesem mittleren Kriegstheater war von vornherein die Beherrschung des Mississippi, dieser Hauptlebensader der Weststaaten. — Von Seiten der Union commandirte hier Anfangs der vom Fort Sumter her bekannte thatenlose Anderson, jetzt General, aber schon im October mußte er seine Stelle dem Gl. Sherman räumen, der bis auf den heutigen Tag das Commando auf diesem Kriegsschauplatz behauptet. Ihm gegenüber stand Gl. Polk, der bis dahin Bischof der Hochkirche gewesen war. Als Unterführer zeichnen sich zwei Deutsche aus, Oberst Willich bei der Union, G. v. Zollikofer bei den Conföderirten. In Westkentucky gelang es der Union in diesem Jahre noch nicht, mit ihren Kanonen den Mississippi zu beherrschen; der Süden hatte, unterstützt von Landbatterien, in allen Wassergefechten das Uebergewicht. Cairo, Padurah und Smithfield, in Illinois und an dessen Grenze gelegen, wurden jedoch festgehalten und dadurch ein Ausgangspunkt für die zukünftigen Unternehmungen behauptet. Gl. Grant war es, der hier commandirte und die bedeutenden Fortschritte auf diesem